

Medienmitteilung

Basel, 26. Oktober 2016 av

Ausstiegsinitiative: Eine Gefahr für den Werkplatz Schweiz

Am 27. November stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Atomausstiegsinitiative der Grünen ab. Diese fordert eine chaotische Sofortabschaltung. Bereits 2017 müssten drei von fünf Kernkraftwerken stillgelegt werden. Das hat fatale Folgen für hier ansässige Unternehmen: weniger Versorgungssicherheit und hohe Kosten. Beides kann sich die Schweiz nicht leisten. Deshalb NEIN zum sofortigen Atomausstieg.

Rund 60 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs entfallen auf die Wirtschaft. Eine sichere Versorgung ist für unsere Unternehmen entscheidend. In den letzten Jahrzehnten war dies in der Schweiz stets gewährleistet. Mit der Atomausstiegsinitiative der Grünen – über die wir am 27. November abstimmen – wäre dieser zentrale Standortfaktor jedoch in Gefahr. Schon 2017 müssten drei von fünf Kernkraftwerken überstürzt stillgelegt werden. Damit würden bereits im Winter des nächsten Jahres 15 Prozent des benötigten Stroms fehlen. Bis 2029 fallen gar 40 Prozent der inländischen Stromproduktion weg. Es ist illusorisch anzunehmen, dass innerhalb nur eines Jahres so gewaltige Produktionskapazitäten aus dem Boden gestampft werden können. Heute dauert es Jahre bis Jahrzehnte bis neue Wasserkraftwerke oder Windturbinen ans Netz gehen.

Stromimporte sind keine sinnvolle Alternative

Die Folge wären massiv höhere Stromimporte aus dem Ausland – notabene zumeist klimaschädlicher Kohlestrom. Für solche Experimente ist unser Stromnetz zum jetzigen Zeitpunkt nicht geeignet. Bereits im letzten Winter kam das Schweizer Stromnetz an seine Belastungsgrenze. Solche Szenarien dürfen nicht zur Normalität werden, denn dies kann sich der Werkplatz Schweiz nicht leisten. Soll der Umbau der Energieversorgung gelingen, muss das Schweizer Stromnetz zwingend an die neuen Bedingungen angepasst werden. Doch ein Aus- und Umbau des Stromnetzes dauert wegen Einsparungen im Schnitt rund 15 Jahre.

Massive Kosten für Schweizer Unternehmen

Schalten wir unsere Kernkraftwerke aus rein ideologischen Gründen vorzeitig ab, drohen zudem hohe Kosten, die letztlich auf die Steuerzahlenden und Unternehmen abgewälzt werden: Entschädigungszahlungen an die Betreiber, ungedeckte Kosten für die Stilllegung und Entsorgung, massive Kosten für den vorzeitigen Neu- und Ausbau von Produktion und Netzen und höhere Strompreise. Das können wir uns im aktuell schwierigen wirtschaftlichen Umfeld nicht leisten.

Komitee beider Basel
c/o Handelskammer beider Basel
St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

www.ausstiegsinitiative-nein.ch
www.hkbb.ch

Nur ein NEIN am 27. November verhindert Kurzschlusshandlungen beim Atomausstieg und garantiert Versorgungssicherheit für den Werkplatz Schweiz.

Das überparteiliche Komitee beider Basel «NEIN zur Ausstiegsinitiative» schliesst sich Bundesrat und Parlament sowie Vertretern von BDP, CVP, FDP und SVP, der Wirtschaft und dem Gewerbe an und lehnt die Initiative zum sofortigen Atomausstieg entschieden ab. Auch die kantonalen Energiedirektoren sagen NEIN. Weil ein Umbau der Energieversorgung Zeit braucht und seriös geplant werden muss, haben der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments deshalb die Energiestrategie 2050 als Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet. Diese verzichtet auf chaotische Sofortabschaltungen beim Atomausstieg.

Weitere Informationen unter www.ausstiegsinitiative-nein.ch.

Weitere Auskünfte:

Dr. Franz A. Saladin, Direktor Handelskammer beider Basel, Tel. 061 270 60 62